SPARTACIST

Extrablatt
6. April 2026

Indonesien: Wie weiter jetzt?

Folgender Artikel erschien zuerst am 19. November 2025 als Extrablatt von Red Battler, *Zeitung der australischen Sektion unserer Internationalen Kommunistischen Liga.*

> „Im Globalen Süden, wo es keinen Spielraum für weitere Einschnitte gibt, wird eine Offensive der USA verheerende Folgen haben und wahrscheinlich zu massiven sozialen Explosionen führen. In vielen Ländern genügt schon ein Funke, um gewaltige Explosionen auszulösen. Die Frage ist: Werden diese gegen die Imperialisten gerichtet sein oder werden die Arbeiter die Waffen gegeneinander richten? Das alles ist eine Frage der Führung."
>
> „Zu dieser Ausgabe", deutschsprachiger *Spartacist* Nr. 36, Juli 2025

Die Welle großer und militanter Proteste indonesischer Jugendlicher, die Ende August begann, ist mit die bedeutendste in Indonesien seit 1998. Ausgelöst durch Wut über die Ankündigung neuer Privilegien für Parlamentarier – und angeheizt durch eine brutale Reaktion der Polizei, wobei es mehrere Tote gab – zeigen Ausmaß und Heftigkeit

von O. Dziga

dieser Demonstrationen, wieviel tief angestaute Wut und politischer und wirtschaftlicher Groll unter breiten Schichten der indonesischen Massen existiert.

Obwohl die großen Demonstrationen schnell abebbten, ist die Regierung nicht in der Lage, die Flut der Unzufriedenheit, durch die sie ausgelöst wurden, einzudämmen. Mit der Verschärfung der Krise der imperialistischen Ordnung geraten die indonesische nationale Bourgeoisie und die politische Elite zunehmend unter Druck, die Risse in der Post-Reformasi-Ordnung [sogenannte Reformperiode nach dem Rücktritt Suhartos 1998] vergrößern sich. ***Wie weiter jetzt?*** Auf diese Frage haben weder die nationale Bourgeoisie noch die Liberalen oder die Führer der Arbeiterbewegung eine wirkliche Antwort.

Die schwachen Grundlagen der wirtschaftlichen Stabilität für die Massen erodieren. Indonesien hat die höchste Arbeitslosenquote in Südostasien, während die Preise für Lebensmittel und grundlegende Dienstleistungen Jahr für Jahr steigen. Arbeiter müssen mit Entlassungen und zunehmender Deindustrialisierung rechnen, da die Produktion weiter zusammenbricht. Bei den fast immer informellen neuen Arbeitsplätzen gibt es keine Regeln und nur schlechte Bezahlung. Das Leben der Bauernschaft ist weiterhin von ländlicher Armut und Ausbeutung durch Großfirmen geprägt. Ebenso düster sind die Aussichten für die große Schicht der gebildeten Kleinbourgeoisie. Ein brutaler Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen bietet kaum Chancen auf wirtschaftliche Stabilität und führt dazu, dass die „Mittelschicht" immer weniger Geld zur Verfügung hat, da immer mehr Menschen in die unteren Schichten des Proletariats und des informellen Prekariats zurückgedrängt werden.

Die Ungleichheit wird daher immer massiver. Während sich die Bedingungen für die Massen verschlechtern, hat eine kleine Schicht politisch gut vernetzter nationaler Bourgeois die Früchte eines Jahrzehnts investitionsgetriebener Entwicklung geerntet, insbesondere innerhalb des kapitalintensiven Rohstoffsektors. Indonesien ist also mit einer Situation kombinierter und ungleichmäßiger Entwicklung konfrontiert, in der eine relativ wohlhabende nationale Bourgeoisie ihr globales und regionales Gewicht weiter ausbaut, während das Leben der Massen weiterhin von ***Unterentwicklung*** und ***zunehmender Prekarität*** geprägt ist.

Nationalistische Wirtschaftspolitik und Investitionen in sichtbare öffentliche Infrastrukturprojekte reichten über ein Jahrzehnt lang aus, um den indonesischen Arbeitern den Traum von einer friedlichen, schrittweisen Entwicklung hin zu nationalem Wohlstand zu verkaufen. Doch die Voraussetzungen für dieses Projekt – eine stabilere Phase imperialistischer Hegemonie, in der es möglich war, zwischen den USA und China zu lavieren – schwinden rapide. Der US-Imperialismus zieht die Schrauben gegenüber der neokolonialen Welt an, und Indonesien steht auf zunehmend wackligem Boden. Jeder neue Riss macht deutlicher, dass die wirklichen Nutznießer der vorangegangenen Periode eine kleine politische und wirtschaftliche Elite waren. In diesem Zusammenhang wird klar, wie Gehaltserhöhungen für gut bezahlte Parlamentarier Zündstoff für Wut über Korruption und Ungleichheit waren.

Wie in der gesamten neokolonialen Welt gibt es für die indonesischen Massen wenig Spielraum, sich noch mehr einzuschränken. Doch während [Präsident] Prabowo versucht, die herannahenden Stürme zu umschiffen, steht eine Verschärfung der Austerität auf der Tagesordnung. Die Kürzungen im Haushalt der Zentralregierung führen zu massiven lokalen Steuererhöhungen (manchmal um zig oder sogar mehrere Hundert Prozent). Arbeiter und Kleinbürgertum werden somit zunehmend von beiden Seiten in die Mangel genommen. Das führte direkt zu landesweiten Protesten, und in Landkreisen von Zentraljava bis Sulawesi kam es zu explosiven Demonstrationen. In Pati führte eine angekündigte Erhöhung der Grundsteuer um 250 Prozent zu Massenprotesten, Tausende stellten sich der Polizei entgegen und stürmten das Gebäude des lokalen DPRD [Regionalparlament].

Die Kapitulation vor den Erpressungen der USA bei den Zollverhandlungen letzten Juli wird diesen Druck nur noch weiter verstärken. Prabowo gibt sich weiterhin als hart durchgreifender Pragmatiker im Inland und als Befürworter einer „multipolaren" Ordnung auf internationaler Ebene. Aber das Drama um diese Verhandlungen und die ex-

plosive Wut der indonesischen Jugend zeigen, dass der Spielraum für die politischen Manöver, die er für seinen Erfolg benötigt, rapide schrumpft. Dies sind nur Vorboten einer kommenden Krise, die sicherlich die Unzufriedenheit der Massen eskalieren lassen und die Einheit der Elite erschüttern wird.

Das Muster der Proteste

Die Welle von Demonstrationen, die am 25. August begann, war keine unerwartet aus dem Nichts kommende Explosion, sie war das Ergebnis einer bereits stark aufgeheizten Situation, die besonders seit 2019 in unterschiedlichem Ausmaß in einer Reihe von lokalen und nationalen Protesten zum Ausbruch kam. Die jüngsten Proteste waren von größerem Ausmaß und stärkerer Militanz und mobilisierten mehr als nur die üblichen Massen von Universitätsstudenten. Bemerkenswert war die breitere Beteiligung einiger der prekärsten Schichten der Gesellschaft, darunter Ojol(Motorradtaxi)-Fahrer und andere sowie Teenager im Schulalter – viele von ihnen aus armen Verhältnissen und aus der Arbeiterklasse.

Diese Demonstrationen stellen jedoch keine grundlegend neue Entwicklung dar, sondern fügen sich in ein Muster von Ebbe und Eskalation ein. Seit Jahren gibt es immer wieder Mobilisierungen von Teilen der Jugend (und in unregelmäßigeren Abständen auch von Teilen der organisierten Arbeiter und Bauern). Aber mit jeder ernsthaften Forderung sind sie bisher gescheitert. Unvermeidlich ebben diese Demonstrationen ab, ohne wesentliche Erfolge zu erzielen, während sich die Situation, die sie ausgelöst hat, weiter verschlechtert.

Die Demonstranten forderten zwar eine Rücknahme der Gehaltserhöhungen für das DPR [Parlament] und ein Ende der Polizeibrutalität, doch waren die Forderungen insgesamt diffus und uneinheitlich. Einige forderten die Entlassung von Prabowo und [Vizepräsident] Gibran, aber bei den meisten richtete sich die Wut nicht speziell gegen die Präsidentschaft, sondern gegen Ungleichheit und Korruption in der Regierung im Allgemeinen. Umfassendere Forderungen auf dem Höhepunkt der Proteste waren oft unklar. Zu den schärfsten und wütendsten Forderungen gehörte die Auflösung des DPR. Es gab jedoch keine klare oder einheitliche Vorstellung davon, was dies bedeuten würde oder wer dies durchführen sollte.

Unterdessen wurden von Führern der Studentenbewegung, Social-Media-Influencern und NGO-Aktivisten verschiedene liberale Forderungen nach konkreten oder abstrakten Reformen erhoben. Während der Proteste wurden diese Leute häufig eingeladen, ihre Forderungen Staatsbeamten vorzutragen, mit dem Versuch, die Jugendlichen draußen zu beruhigen. Als die Proteste nachließen, begannen die sogenannten „17+8 Forderungen des Volkes“ (für „Transparenz, Reformen, Empathie“) online und in den Medien zu zirkulieren. Diese Forderungen, die von einer Koalition aus liberalen NGOs und Social-Media-Influencern zusammengestellt und verbreitet wurden, waren ein Sammelsurium aus unmittelbaren Forderungen nach einem Ende der staatlichen Repression und abstrakten liberalen Appellen für eine umfassendere demokratische Reformasi.

Der Einfluss dieses Teils der liberalen Zivilgesellschaft auf die organisierten politischen Ausdrucksformen sozialer Bewegungen in Indonesien – das Eingreifen dieses Teils, um die „politischen Forderungen“ des „Rakyat“ [Volkes] zu artikulieren – ist ein zentrales Hindernis für das Vorankommen eines revolutionären Kampfes. Das Problem bei diesem Teilbereich der Politik besteht darin, dass er über genügend Organisation und Einfluss verfügt, um unorganisierte Ausbrüche politischer Wut in eine Sackgasse zu lenken, während er gleichzeitig völlig unfähig ist, auch nur seine eigenen Ziele zu erreichen. Obwohl diese Politik seit jeher nur eine kleine Schicht der Kleinbourgeoisie repräsentiert, ist sie heute in der allgemeinen politischen Landschaft isolierter denn je: Die Säulen der Reformasi bröckeln, und die große liberale Hoffnung [Ex-Präsident] Jokowi (der ursprünglich von der liberalen „Zivilgesellschaft“ voll und ganz unterstützt wurde) brachte nur noch mehr von derselben dynastischen Politik. Vor allem aber ist die globale ideologische Hegemonie des Liberalismus nur Makulatur.

Die Liberalen mögen zwar Forderungen in Bezug auf Arbeiter und Gewerkschaften stellen, haben aber kein Interesse an einem Programm des ***Klassenkampfs***. Stattdessen schwanken sie zwischen völliger Verzweiflung über den Zustand des Landes und einer Traumwelt, in der sie die bürgerliche Demokratie retten und die Reformasi durch eine neue Welle von „Basisprotesten“ wiederbeleben wollen. Nicht erkennen können sie, dass sich die ***globalen*** Bedingungen seit 1998 geändert haben. Der Teilerfolg bürgerlich-demokratischer Reformen war nicht einfach das Ergebnis „spontaner“ Massenproteste, sondern wurde durch die globale Hegemonie des liberalen US-Imperialismus bedingt, der für ein Überbleibsel des Kalten Krieges wie Suharto keine Verwendung mehr hatte – und der ideologisch eine „demokratische“ Hülle für neokoloniale Ausbeutung bevorzugte.

Die Liberalen bieten keinen Ausweg aus der heutigen politischen Sackgasse. Es wird keine „Vollendung“ einer bereits erodierten Reformasi geben. Die Aussichten für Indonesien sind heute entweder eine sich vertiefende Spirale des Bonapartismus, eine Explosion der Reaktion in irgendeiner Form oder die Übernahme der Initiative durch die Arbeiterklasse. Die Förderung des demokratischen Kampfes in diesem Kontext wird davon abhängen, ob es Klassenkampf gegen die imperialistische Vorherrschaft gibt.

Für Marxisten ist es die zentrale Aufgabe, einen progressiven Weg aus der heutigen Sackgasse von Eskalation und Abflachung der Proteste aufzuzeigen, einen Weg, der die Wut und die Hoffnungen der indonesischen Jugend mit der Arbeiterbewegung verbindet durch ein klassenkämpferisches, antiimperialistisches Programm. Diese Aufgabe erfordert einen klaren Bruch mit der Politik der liberalen NGOs (die eng mit dem Imperialismus verflochten sind) und dem studentischen politischen Milieu, das auf Kollaboration und Karriere setzt, und wirft zentrale Fragen der Führung und des Programms auf.

Die Militanz der indonesischen Jugend ist heroisch, aber einfach nur „Solidarität“ mit Demonstrationen zu bejubeln, wie es ein Großteil der Linken (vor allem international) tut,

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

ist völlig unzureichend und antimarxistisch. Liberale Begeisterung für die „Spontaneität“ der Massen ignoriert nicht nur die grundlegenden Kräfte, die soziale Explosionen antreiben, sondern entwaffnet auch jede Fähigkeit, die ***Hindernisse*** für den Fortschritt eines revolutionären Kampfes zu lokalisieren und zu bekämpfen. Obwohl viele in der indonesischen Linken und sogar unter den Liberalen den Kreislauf erkennen, in dem die indonesischen sozialen Bewegungen gefangen sind, und auch, dass es an Organisation mangelt, sind die vorgeschlagenen Lösungen in der Regel abstrakt, rein organisatorisch oder beides.

Was die sozialen Bewegungen in Indonesien dringend brauchen, ist nicht einfach „Solidarität“ oder „bessere Koordination“, sondern eine revolutionäre Führung: ein P*rogramm* und einen Weg zum Sieg über den Imperialismus. Den progressiven Schichten der Massen muss klargemacht werden, dass soziale Explosionen ohne eine solche Führung nur eine Plattform für Konflikte und Streit zwischen verschiedenen Fraktionen der Elite und dem Interesse der Imperialisten bleiben können – was letztlich zu einer Spirale der Reaktion beiträgt.

Provokation und Konflikte der Elite

Nach den Demonstrationen waren Narrative über die Manipulation der Proteste durch Akteure der Elite weit verbreitet. Die Figuren des Provokateurs Penyusup und des Puppenspielers Dalang hinter politischen Ereignissen sind wiederkehrende Archetypen, und das Argument hört man heute aus allen Ecken. Prabowo verkündet, die Proteste seien von „Korrumpierern“, ausländischen Mächten und „Mafia“-Figuren „bezahlt“ und „manipuliert“ worden. Viele liberale Aktivisten und Akademiker argumentieren, dass die Gewalt absichtlich von Provokateuren aus Polizei oder Militär angezettelt wurde, entweder um „friedlichen Widerstand“ zu delegitimieren oder als Teil von Konflikten innerhalb der Elite. Eine Minderheit der Linken betrachtet die Proteste (ganz oder teilweise) als eine von den USA unterstützte „Farbrevolution“, bei der NED-Liberale [mit Beziehungen zu den Niederlanden] und Elemente der Staatsbürokratie Demonstranten angestiftet haben, um Indonesiens Haltung zu BRICS zu untergraben.

Ein Teil der Stärke dieser Narrative liegt in manchmal wichtigen Kernen von Wahrheit. Provokateure waren sicherlich in der Menge, Polizei in Zivil flächendeckend im Einsatz, und die Geheimdienste beobachten Aktivisten genau. Es gibt eine lange Geschichte von Aufhetzung zu Unruhen durch Militär und Polizei (am auffälligsten 1998), und eine Reihe von gewalttätigen Aktionen scheinen organisiert worden zu sein. Fraktionelle Konflikte innerhalb der Elite sind tiefgreifend und reichen bis in die Staatsbürokratie hinein, einschließlich Polizei und Militär. Und liberale NGOs ***werden*** von den Imperialisten finanziert und sind ihnen ideologisch zu Diensten.

Es ist ein aussichtsloses Unterfangen, die Einflussgeflechte unter der Oberfläche zu entwirren und zu analysieren, welche Handlungen von staatlich gelenkten Provokateuren (oder einfach von anarchistischen Gruppen und wütenden Schülern) begangen wurden und welche nicht. Dennoch wäre es naiv, rundweg zu leugnen, dass Täter aus den Reihen der Elite, reaktionäre und mit dem Imperialismus verbundene Akteure eine Rolle gespielt haben, insbesondere angesichts der amorphen und formbaren Natur der Proteste.

Es wäre jedoch ebenso naiv, die Demonstrationen als rein reaktionär oder generell kompromittiert abzutun. Eine übermäßige Fixierung auf Fragen der Manipulation durch die Elite und den Imperialismus birgt für Marxisten die Gefahr einer politischen Desorientierung. Die Lage im Land ist katastrophal und wird zunehmend unerträglich, die gesamte neokoloniale Welt spürt den Druck des imperialistischen Schraubstocks. Es bedarf keiner Verschwörung, damit es in einer solchen Situation zu Gewaltausbrüchen kommt; wo sie auftraten, war es auffällig, wie eindeutig sie sich gegen Symbole der Staatsmacht richteten. Polizeistationen und Parlamentsgebäude waren die überwiegenden Ziele der Proteste, ohne dass es zu pogromartigen oder kommunalistischen Gewalttaten (gegen Chinesen usw.) kam, wie sie 1998 weit verbreitet waren.

Die Proteste begannen nachzulassen, nachdem Prabowo angekündigt hatte, dass einige Privilegien des DPR aufgehoben würden und dass Polizei und Militär den Befehl erhalten hätten, gegen „Terrorismus“ und „Anarchismus“ vorzugehen. Er und andere Minister gaben auch vage beschwichtigende Erklärungen ab, dass die „17+8“-Forderungen ernsthaft „geprüft“ würden. Aus Angst und Fügsamkeit wurden die Proteste somit gebändigt, geplante Demonstrationen abgesagt oder verschoben und die Teilnehmerzahl schrumpfte auf das organisierte Aktivistenmilieu. Da es an einer revolutionären Führung mangelte, die die politische Energie hätte nutzen können, konnten die Demonstrationen tatsächlich nur als neues Terrain für Manöver der Elite dienen – manchmal zum Vorteil bestimmter Fraktionen. Prabowo nutzte die Gelegenheit, um sein Kabinett umzubilden und eine Reihe langjähriger Minister (von denen einige im Visier der Demonstranten standen) durch persönlich loyale Personen zu ersetzen.

Die Arbeiterbewegung

Die großen Gewerkschaften spielten während der Demonstrationen ein heikles Spiel. Am 28. August fanden geplante Streikkundgebungen statt, zu denen die regierungsnahen „gelben“ Gewerkschaften um Said Iqbals Partai Buruh (Arbeiterpartei) aufgerufen hatten. Die Gewerkschaftsführer betonten erneut, dass diese Proteste nichts mit den Tage zuvor begonnenen Demonstrationen zu tun hätten und sich ausschließlich auf ihre Branchen-Forderungen nach einer Erhöhung des Mindestlohns, der Abschaffung von Outsourcing und der Einrichtung einer staatlichen Kommission zur Verhinderung von Entlassungen konzentrierten. Mehrere tausend organisierte Arbeiter nahmen

RED BATTLER

Supplement ◆ 19 November 2025 Newspaper of the Spartacist League of Australia

Indonesia
Where to now?

By O. Dziga

"In the Global South, where there is no fat to cut, an offensive by the U.S. will have devastating consequences that will likely provoke massive social explosions. In many countries, all it takes is a spark for massive explosions to erupt. The question is: will these be directed against the imperialists or will workers turn the guns against each other? This all depends on the question of leadership."
—Editorial, *Spartacist* No. 70, May 2025

The wave of large and militant protests by Indonesian youth which began late August is among the most significant in Indonesia since 1998. Sparked by anger at the announcement of new privileges for parliamentarians—and inflamed by a brutal police response that saw multiple deaths—the scale and virulence of these demonstrations reveal a deep accumulation of anger and political and economic grievance among broad layers of the Indonesian masses.

Though large-scale demonstrations quickly receded, the government has no ability to stem the tide of discontent which created them. As the crisis in the imperialist order deepens, the Indonesian national bourgeoisie and political elite find themselves under increasing pressure, with the cracks in the post-*reformasi* order widening. ***Where to now?*** This is the question which neither the national bourgeoisie, the liberals, nor the leaders of the workers movement have a real answer to.

The shallow bases of economic stability for the masses are eroding. Indonesia has the highest unemployment rate in Southeast Asia, while the price of food and basic services increases year after year. Workers face layoffs and deepening deindustrialisation as manufacturing continues to collapse. New jobs remain almost entirely informal and low-wage. Life for the peasantry continues to be defined by rural poverty and commodities sector. Indonesia thus faces a situation of combined and uneven development, under which a relatively enriched national bourgeoisie continues to expand its global and regional weight, as life for the masses remains defined by ***underdevelopment*** and ***worsening*** precarity.

Jakarta, 25 August: protesters clash with police outside House of Representatives (DPR) building.

Nationalist economic policy and investment in visible public infrastructure projects have, for over a decade, been sufficient to sell Indonesian workers a dream of peaceful, gradualist development towards national prosperity. Yet the conditions for this project—a more stable period of imperialist hegemony under which it was possible to navigate between the US and China—are rapidly eroding. As US imperialism tightens the screws on the neocolonial world, Indonesia walks on increasingly shaky ground. Every new crack makes it clearer that the real beneficiaries of the preceding period were a

squeezed from both sides. Directly leading into nationwide protests, local regencies from Central Java to Sulawesi saw explosive demonstrations over this issue. In Pati, an announced 250 percent property tax hike resulted in popular protests in which thousands clashed with police and

breached the local DPRD building.

Capitulation to US ransom co
in tariff negotiations last July wi
further tighten this squeeze. P
continues to posture as a firm-fiscalist at home, and a proponent
"multipolar" order internationally.
drama surrounding these negotiati
the explosive anger of Indonesian youth reveal a rapidly narrowing space for the political manoeuvres he needs to succeed. These are only portents of crises to come which will surely escalate mass discontent and shatter elite unity.

teenagers—many from poor and working-class backgrounds.

Yet rather than representing a fundamentally new development, these demonstrations fit into a pattern of ebb and escalation. For years there have been consistent mobilisations of layers of youth (and more inconsistently, layers of organised workers and peasants). But every serious demand has been lost so far. Inevitably, these demonstrations ebb away, winning no substantial gains, while the situation which sparked them continues to deteriorate.

While protesters sought a reversal of DPR salary increases, and an end to police brutality, the demands raised were generally amorphous and disparate.

influencers, these were a hodgepodge of immediate demands for an end to state repression and abstract liberal appeals for broader democratic *reformasi*.

The hold of this segment of liberal civil society over the organised political

daran teil, die meisten in Jakarta, an einigen Orten zusammen mit Gruppen von Ojol-Fahrern.

Die Kundgebung in Jakarta war von kurzer Dauer, was Iqbal damit begründete, dass „kein Abgeordneter mit einem Arbeitervertreter sprechen wollte“ und viele Arbeiter „zur Nachmittagsschicht zurückkehren mussten“. In Wirklichkeit war Iqbal – ein regierungsfreundlicher Bürokrat, der am letzten 1. Mai neben Prabowo auf einer Massenkundgebung gesprochen hatte – sehr daran interessiert, jegliche Überschneidung der Gewerkschaftsbasis mit den Protesten, die später am Nachmittag wieder begannen, zu minimieren. Die organisierten Arbeiterkontingente wurden daher am frühen Nachmittag des 28. aufgelöst, obwohl sicherlich viele Arbeiter vor Ort blieben und an den Demonstrationen teilnahmen.

Die Proteste an diesem Abend markierten einen Wendepunkt bei der Eskalation der Demonstrationen, nachdem die Polizei den Ojol-Fahrer Affan Kurniawan getötet hatte. Gewerkschaftsbürokraten drängten ihre Mitglieder zu „Ruhe“ und „Einheit“ und verlangten, sie sollten sich nicht an illegalen oder „anarchistischen“ Aktionen beteiligen. Gleichzeitig forderten sie die Regierung auf, rasch Maßnahmen zu ergreifen, um den Forderungen der Demonstranten nachzukommen und „ihren Einsatz für die Berücksichtigung der Wünsche des Volkes zu demonstrieren“. Letztendlich demobilisierten die Gewerkschaftsbürokraten der Mainstream-Gewerkschaften ihre Basis, sie versuchten, sowohl an die Demonstranten zu appellieren als auch sich gegenüber dem Staat als loyale Partner zu präsentieren mit der Fähigkeit, die Wut der Arbeiterklasse zu dämpfen und zu mildern.

Die kleine Minderheit der „roten“ Gewerkschaften versuchte, mit einer militanteren Haltung zu intervenieren. Dabei handelt es sich um „aktivistische“ und weitgehend regierungsfeindliche Gewerkschaften, die in der Regel von ehemaligen Studentenaktivisten und in einigen Fällen von aktuellen Anhängern sozialistischer Gruppen geführt werden. Diese Gewerkschaften unterstützten die Proteste rhetorisch und riefen ihre Mitglieder generell zu Demonstrationen auf. Die Kontingente waren jedoch in der Regel klein, die linken Gewerkschaften waren weit davon entfernt, groß angelegte politische Streiks initiieren zu können.

Die Koalition „Arbeiterbewegung mit dem Volk“ (GEBRAK) organisierte am 4. September, als die Proteste bereits deutlich zurückgegangen waren, eine einigermaßen große Demonstration in Jakarta. Dieser Protest war nicht winzig, repräsentierte aber nur einen kleinen Teil der Arbeiterbewegung. Obwohl die Demonstration militanter auftrat und etwas linker klingende Forderungen aufstellte, unterschied sie sich in gewisser Weise nicht besonders von denen der liberalen und NGO-Aktivisten.

Tatsächlich sind „rote“ Gewerkschaften oft eng mit dem liberalen NGO-Sektor verflochten. Die Gründungserklärung von GEBRAK wurde von Gewerkschaftsverbänden, sozialistischen Gruppen (aus dem Umfeld der ehemaligen PRD [Demokratische Volkspartei], Perserikatan Socialis und Pembebasan) und ebenso vielen NGOs (darunter Greenpeace und die Jakarta Legal Aid Foundation) mit unterzeichnet. Viele kleine „linke“ Gewerkschaften agieren eher als NGOs für Rechtsberatung denn als militante Gewerkschaften. Diese Politik bedeutet, dass ***rosa*** Gewerkschaften in der Regel keine ***Alternative*** zur liberalen Sackgasse bieten, sondern vielmehr ein „linkes“ und „arbeiterfreundliches“ Gesicht dafür.

Es ist durchaus möglich, dass Gewerkschaftsbürokratien in zukünftigen Perioden politischer Kämpfe mehr tun werden, um ihre (oft unruhige) Basis zu mobilisieren. So kam es beispielsweise während der Proteste gegen das arbeiterfeindliche Omnibus-Gesetz im Jahr 2020 zu groß angelegten Streiks sogar der gelben Gewerkschaftsbürokratie. Aber diese politischen Streiks enden immer als symbolische Aktionen, die in der Regel nur ein oder zwei Tage dauern und weit davon entfernt sind, die Wirtschaft lahmlegen zu wollen.

Tatsache ist, dass die indonesische Arbeiterklasse derzeit keine Phase des politischen Aufschwungs durchläuft, die ihr das Selbstvertrauen gibt, in die Offensive zu gehen. Verschlechterte Bedingungen und eine geschwächte und politisch desorientierte Gewerkschaftsbewegung können ebenso Passivität fördern wie auch Unzufriedenheit schüren. Damit die Arbeiterbewegung als unabhängige und entscheidende Kraft auftreten kann, müssen beide Seiten der Spaltung in der Gewerkschaftsbewegung politisch entlarvt werden.

Die regierungsfreundlichen Führer der Partai Buruh verfolgen eine zum Scheitern verurteilte Strategie, sie versuchen, den bürgerlichen Parteien minimale Reformen abzuringen, indem sie sich als loyale und nützliche Partner erweisen. Heute streben sie eine Koalition mit Prabowo an, der trotz seiner populistischen Haltung fest entschlossen ist, die Lebensbedingungen der indonesischen Arbeiter nach unten zu drücken, um ausländische Investitionen in die angeschlagene Industrie des Landes zu locken. Die „roten“ Gewerkschaften sind davon zu Recht abgestoßen, sind jedoch nicht in der Lage, eine revolutionäre antiimperialistische Strategie vorzulegen, und streben stattdessen ein liberales „aktivistisches“ Bündnis an, das zum Scheitern verurteilt ist. Die gesamte Grundlage der organisatorischen Spaltung basiert in vielerlei Hinsicht auf der ***Vermeidung*** des notwendigen politischen Kampfes gegen Iqbal und die verrotteten gelben Bürokraten.

Die Linke

Die kleine und zersplitterte organisierte Linke in Indonesien reagierte mit Begeisterung auf die Welle der Kämpfe. Obwohl alle mit ihren geringen Kräften separat intervenierten, gibt es Gemeinsamkeiten in der Herangehensweise der einzelnen Gruppen, die die Fähigkeit der Linken erschwerten, eine echte Alternative zu den Liberalen im Kampf um die Führung der politischen Energie der Massen zu bieten.

Die Perhimpunan Sosialis Revolusioner (PSR) und die Front Muda Revolusioner (FMR) – die indonesische Sektion der Revolutionären Kommunistischen Internationale (RKI) – waren begeistert von der Möglichkeit, sich der revolutionären Rhetorik ihrer Genossen anzuschließen. Einige Tage nach Beginn der Proteste veröffentlichten sie einen Artikel mit dem Titel „Die Revolution hat begonnen“, in dem sie den Radikalismus der Proteste schildern, erklären, dass die Arbeiterklasse kollektive Maßnahmen ergreifen muss, und zu „Aktionskomitees“, einem Generalstreik und einer „revolutionären Regierung der Arbeiterklasse und der Armen“ aufrufen. Obwohl in vielen Punkten abstrakt korrekt und orthodox, war die Intervention der RKI weitgehend losgelöst vom tatsächlichen Kräfteverhältnis vor Ort. Als die Proteste in eine Phase des Rückzugs eintraten, veröffentlichte sie eine Flut von Artikeln, in denen sie die Studenten aufforderte, in die Fabriken zu gehen, um „die Arbeiter zu treffen“ und „diese Revolution auf die Arbeiterklasse auszuweiten“. Nachdem die Revolution (von der sie Tage zuvor noch behauptet hatte, sie zeige „keine Anzeichen aufzuhören“) demobilisiert worden war, stellte sie zu Recht fest, dass die Frage der Führung entscheidend dafür sei, die Kampfpause zu nutzen, um sich auf kommende Offensiven vorzubereiten. Doch während sie abstrakt die Perspektive der „17+8“-Liberalen von einer „Reform von oben“ verurteilte, waren die konkreten Schritte, die sie vorschlug, weiterhin Aufrufe zu Aktionskomitees (Vorläufer von Räten) und

zum „dringend erforderlichen sofortigen Aufbau“ einer revolutionären Organisation (d. h. „Tritt der RKI bei!“).

Perserikatan Sosialis (PS) war weniger bombastisch als die RKI und schlug ihre eigene Liste von „Forderungen der Arbeiter und des Volkes“ vor, von denen die meisten vernünftige agitatorische (sogar Übergangs-)Forderungen sind, die zumindest versuchen, eine Verbindung zu dem tatsächlichen Groll herzustellen, der die Massen antreibt. Die praktische Dimension der Intervention der PS bestand, wie bei der RKL, darin, zu „Widerstandskomitees“ (Vorläufer von Räten) aufzurufen. Solche Organe werden zwar dringend benötigt, aber der Aufruf zu ihrer Bildung ohne eine angemessene Klärung der politischen Hindernisse (und der Notwendigkeit einer politischen Spaltung) kann die Forderung nur bedeutungslos machen. Tatsächlich führt der Ansatz der PS zum demokratischen Kampf dazu, dass sie die zentrale Aufgabe heute als „nationale Konsolidierung der Bewegung, einschließlich der 17+8-Bewegung“ beschreiben (fairerweise gesagt fügen sie den Vorbehalt hinzu, „wir dürfen unser Programm und unsere Forderungen nicht abschwächen“). Die PS hat weder den politischen Zusammenbruch der PRD (aus der sie hervorgegangen ist) noch die Volksfront-Orientierung dieser Partei gegenüber Megawatis PDI-P im Dienste des „demokratischen Kampfes“ der 1990er-Jahre ernsthaft erklärt. So kann sie zwar ganz richtig die Liberalen und die (gelben) Gewerkschaftsbürokraten angreifen, aber es fehlt ihnen eine Orientierung, mit der sie diese tatsächlich politisch bekämpfen können – eine Grundvoraussetzung für den Aufbau revolutionärer Komitees.

Schmerzlich vermisst wurde bei den Interventionen der RKI und der PS jeder Versuch, ein konkretes ***antiimperialistisches Programm*** voranzubringen – den Dreh- und Angelpunkt der demokratischen Frage in der neokolonialen Welt. Es scheint immer eine harte Grenze zwischen dem Antiimperialismus außerhalb des Landes und dem Kampf im eigenen Land zu geben. Diese ergibt sich aus einer berechtigten Abscheu gegenüber einer Kapitulation vor der (brutalen und reaktionären) nationalen Bourgeoisie. Aber Marxisten müssen mit dieser Klasse um die Hegemonie über die antiimperialistische Stimmung konkurrieren und dürfen es nicht ihr überlassen, sich als „Verteidigerin der Nation“ zu präsentieren.

Auch an anderen Fronten versagte ein Großteil der Linken. Die meisten konnten nicht ernsthaft die politische Sackgasse ansprechen, in der sich die Arbeiterbewegung befand. Die Interventionen zu diesem Punkt beschränkten sich darauf, die am offensten reaktionären, regierungsfreundlichen Bürokraten wie Iqbal anzuprangern und zu mehr Militanz aufzurufen. Und obwohl die gesamte Linke die Liberalen kritisieren kann, tut sie dies meist auf der Ebene politischer Abstraktionen, ohne konkret die Ohnmacht der liberalen Strategie in dieser Situation aufzuzeigen.

Die indonesischen „Nationaldemokraten“, die mit der International League of Peoples' Struggle (ILPS) verbündet sind, erhoben zwar Parolen gegen die Imperialisten (zu denen sie fälschlicherweise auch China zählen). Der eigentliche Schwerpunkt ihrer Intervention, hauptsächlich durch die Studentenfront Mahasiswa Nasional (FMN), war jedoch der Aufruf zum Kampf gegen das „faschistische Prabowo-Gibran-Regime“. Dies ist eine ernsthaft desorientierende Analyse. Die Präsidentschaft von Prabowo ist zwar reaktionär und zunehmend bonapartistisch, basiert aber schlichtweg nicht auf einer Organisation, die außergesetzlichen paramilitärischen Terror ausübt. Noch wichtiger ist, dass diese Perspektive das Ergebnis einer stalinistischen Fehlinterpretation der nationalen Frage ist: Sie spiegelt eine stufenweise und im Wesentlichen klassenkollaborationistische Suche nach einem progressiven Flügel der nationalen Bourgeoisie wider, der dabei helfen soll, die „nationale Demokratie“ gegen den faschistischen Kompradoren-Flügel (der heute angeblich von Prabowo-Gibran vertreten wird) voranzubringen.

Tendenziell wird heute diese Politik durch die reaktionäre Einheit und die antikommunistische Hysterie der indonesischen Elite verschleiert, was den indonesischen „Nationaldemokraten“ eine Art linke Deckung verschafft. Aber mit der Eskalation der Krisen im Land und in der Welt wird eine sich wandelnde politische Landschaft den Druck sowohl in Richtung Opportunismus als auch in Richtung Abenteurertum auf sie sowie die übrige indonesische Linke verstärken.

In indonesischen Städten gibt es verstreute, im Untergrund agierende anarchistische Netzwerke. Die meisten haben ihre Basis unter Jugendlichen aus der Unterschicht und Schülern (im Gegensatz zu den meisten marxistischen Gruppen, die vor allem an Universitäten existieren). Die Schwäche und Halblegalität der (insbesondere marxistischen) Linken ist ein wichtiger Faktor für die relative Bedeutung anarchistischer Gruppen. In den letzten Jahren ist die staatliche Panikmache über Anarchismus zunehmend schriller geworden. Nach den Demonstrationen wurden die kelompok anarko [anarchistische Netzwerke] weithin als verantwortlich für die Gewalt verunglimpft und mit massiver staatlicher Repression konfrontiert. Hunderte wurden wegen Verbindungen zu anarchistischen Netzwerken oder angeblicher „anarchistischer Handlungen“ bei Demonstrationen verhaftet. Was seitdem geschieht, ist aufgrund einer gewissen Medienblockade auf nationaler Ebene schwer zu erkennen, aber es ist sicher, dass viele noch immer im Gefängnis sitzen oder mit Strafen rechnen müssen.

Die Hysterie über „Black Scare“ [schwarzer Schrecken] ist eine Bedrohung für die gesamte Linke und die Arbeiterbewegung. Die Verteidigung der Anarchisten und aller bei Demonstrationen Verhafteten ist von entscheidender Bedeutung. Die Befreiung wird nicht durch kleine Gruppen erreicht, die gelegentlich Molotowcocktails werfen und, radikale, anarchistisch gesinnte Jugendliche müssen für eine marxistische Perspektive gewonnen werden. Dies hängt jedoch davon ab, dass ein revolutionäres Programm und der Kampf konkret vorangetrieben werden.

Wie weiter jetzt?

In der gegenwärtigen Situation ist es einfältig, leeren revolutionären Optimismus zu verbreiten. Die Arbeiterbewegung und die Linke in Indonesien sind programmatisch und organisatorisch nach wie vor ohnmächtig, und obwohl die kommende Periode echte Möglichkeiten bietet, ist es keineswegs ***sicher,*** dass die objektive Situation der Linken und der Arbeiterbewegung zugute kommen wird. Die nationale Bourgeoisie verfügt nach wie vor über viele reaktionäre Instrumente. Auch wenn reaktionäre Alternativen zur gegenwärtigen politischen Ordnung in verschiedener Hinsicht unterentwickelt sind, müssen Sozialisten auf die bevorstehenden Bedrohungen und Hindernisse vorbereitet sein.

Machtvolle, mit dem Staat verbundene paramilitärische Ormas sind immer eine latente Bedrohung für Arbeiter und soziale Bewegungen in Indonesien. Obwohl sie bei den jüngsten Protesten nicht mobilisiert wurden, sind die Ormas in Alarmbereitschaft versetzt worden, und hätte sich die Krise verschärft, hätten sicherlich preman (Schläger) als Schocktruppen der „öffentlichen Ordnung“ eingesetzt werden können. Diese entschieden reaktionären Gruppen stützen sich auf Patronagenetzwerke, was unter Bedingungen einer tieferen Krise dazu führen könnte, dass sie die Stabilität der bürgerlichen Ordnung sowohl destabilisieren wie auch stützen.

Der politische Islam hat seit dem Sturz Suhartos stark an

Einfluss gewonnen und bleibt ein Quell der Reaktion. Die islamistischen Mobilisierungen von Hunderttausenden gegen den ehemaligen Gouverneur von Jakarta, Ahok, im Jahr 2016 sind ein ausreichender Beweis dafür. Der politische Islam in Indonesien ist zwar äußerst erfolgreich bei der Vertiefung der kulturellen Islamisierung, aber auch voller Widersprüche. Als politische Kraft ist der indonesische Islam intern tief gespalten, und seine wichtigsten Organisationen und Parteien sind fest in das bestehende politische System integriert. Dennoch dient er seit langem als Sammelbecken für religiös-kulturelle Unzufriedenheit mit dem westlichen Imperialismus, eine Anziehungskraft, die in Zeiten politischer Krise zunehmen könnte und zweifellos gegen jede vorrückende Linke mobilisiert werden würde.

Prabowos erstes Jahr an der Macht war geprägt von einer Zunahme bonapartistischer Regierungsmethoden und einer zunehmenden politischen Macht des Militärs. Durch Revision des Streitkräftegesetzes Anfang dieses Jahres wurden Beschränkungen für aktive Militärangehörige, zivile Ämter zu bekleiden, aufgehoben, was in einigen Kreisen Panik vor einer Rückkehr zur Dwifungsi [Doppelfunktion] auslöste. Zwar ist es wichtig, liberale Hysterie in dieser Frage zu vermeiden, aber zunehmend bonapartistische Versuche, sich auf die Armee zu stützen, um die politische Ordnung aufrechtzuerhalten, sind angesichts der eskalierenden Weltkrise unvermeidlich. Gleichzeitig hat ein Großteil der Elite ein Interesse daran, eine echte Rückkehr zur Militärherrschaft zu vermeiden, die das System der Patronage, von dem sie lebt, gefährden könnte. Darüber hinaus sind die Bürokratien des repressiven Arms des Staates selbst politisch uneinig: Polizei und Militär stehen oft in Konflikt miteinander, und die Armee hat ihre eigenen internen Spaltungen. Kurz gesagt, Prabowo ist nicht Suharto, zumindest vorerst nicht.

Die Entwicklung der indonesischen Politik ist ungewiss. Die Bedingungen für die Massen verschlechtern sich, und die relative politische Stabilität der letzten zwanzig Jahre zeigt echte Anzeichen eines Zerfalls. Die derzeitige Einheit der Elite ist angesichts der sich verschlechternden globalen Lage zunehmend vom Zusammenbruch bedroht, doch alle Alternativen sind noch unterentwickelt. Dies bietet echte Möglichkeiten für die Linke und die Arbeiterbewegung, birgt aber auch noch größere Gefahren. Imperialistischer Druck könnte dieses Pulverfass leicht in eine explosive Spirale der Reaktion verwandeln. In der derzeitigen Flaute des politischen Kampfes ist es dringender denn je, dass die indonesische Linke die Aufgaben der programmatischen und organisatorischen Neubewaffnung ernst nimmt.

Entwurf für ein Programm

Die folgenden fünf Punkte werden als Grundlage für politische Diskussionen, Debatten und Zusammenschluss vorgelegt. Dieser Bericht erhebt keinen Anspruch darauf, Antworten auf die unzähligen politischen Fragen zu haben, mit denen Sozialisten und die Arbeiterbewegung in Indonesien konfrontiert sind. Aber die Klärung programmatischer Grundsätze ist die einzige Grundlage, auf der eine kämpferische Avantgarde wieder aufgebaut werden kann.

1. Für vereinte Verteidigung gegen staatliche Repression. Die jüngsten Demonstrationen führten zur bedeutendsten Phase staatlicher Repression in Indonesien seit 1998, wobei alle Mittel bis auf die formelle Verhängung des Kriegsrechts eingesetzt wurden. Tausende wurden bei diesen brutalen Aktionen festgenommen, Hunderte für längere Zeit inhaftiert, und viele sitzen weiterhin in Untersuchungshaft. Dazu gehören sowohl diejenigen, die in die Fänge der „Black Scare“ gegen Anarchisten geraten waren (oder wegen „anarchistischer Handlungen“ bei Protesten angeklagt wurden), als auch zahlreiche andere, denen „Aufwiegelung“vorgeworfen wird, oft nur wegen Beiträgen in sozialen Medien. Vielen drohen jahrelange Haftstrafen, darunter auch einigen prominenten liberalen Aktivisten und NGO-Vertretern. Es ist dringend notwendig, dass Sozialisten die Führung bei der Mobilisierung einer gemeinsamen Kampagne zur Verteidigung all derer übernehmen, die von dieser Welle der Repression betroffen sind. Dieser Kampf muss direkt mit der Verteidigung papuanischer Aktivisten verbunden werden, die in den letzten Monaten ebenfalls einer Welle von Verhaftungen und eskalierender militärischer Gewalt ausgesetzt waren.

2. Vorwärts zu 100 Prozent Merdeka [Unabhängigkeit, Freiheit]***: Der antiimperialistische Kampf ist der demokratische Kampf.*** Ungleichheit, Korruption, die miserablen Lebensbedingungen der indonesischen Massen, der räuberische und bonapartistische Charakter der indonesischen Elite – all das ist letztlich das Ergebnis imperialistischer Unterjochung und neokolonialer Unterdrückung. Angesichts eines erstarkenden Bonapartismus erfordert die Förderung des demokratischen Kampfes einen Bruch mit der Politik der liberalen Reformasi. Solange die Linke an die Imperialisten und diesen ideologischen Überrest der US-Hegemonie gebunden ist, wird sie niemals den Einfluss der nationalen Bourgeoisie auf die Massen brechen können. Marxisten müssen den Massen zeigen, dass nur unser Programm eine wirkliche Anleitung im Kampf gegen den Imperialismus bietet. Streicht die imperialistischen Schulden, werft die imperialistischen Agenturen raus, zerreißt die Kapitulationsabkommen, verweigert militärische Kooperation im Kriegskurs gegen China, ***vollendet die Aufgaben der nationalen Befreiung und von 100 Prozent Merdeka.***

Trotz nationalistischer Posen verfolgt die Elite eine zum Scheitern verurteilte Strategie, die das Land nicht vor dem imperialistischen Würgegriff schützen kann. Prabowo ist verzweifelt bemüht, das Gleichgewicht zwischen US-Imperialismus und „Multipolarität“ aufrechtzuerhalten. Aber wenn es hart auf hart kommt, kann er nicht anders, als bei Wirtschaftsverhandlungen auszuverkaufen (und Trump um eine Audienz mit dessen Sohn anzubetteln). Schritte in Richtung einer stärkeren militärischen Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus – darunter Angebote des staatlichen Schiffbauers, den Archipel zu einer Reparatur- und Tankplattform für die US-Kriegsmaschinerie zu machen – sind nur der Vorbote für noch größere Katastrophen. Wenn die nationale Bourgeoisie aus eigennützigen Gründen gegen die Imperialisten vorgeht (wie im letzten Jahrzehnt des „Ressourcen-Nationalismus“), müssen Marxisten dafür kämpfen, dass die Arbeiterklasse dies weit über deren sorgfältig ausgearbeitete Grenzen hinau***s vorantreibt.***

3. Gegen die Vorstellung, dass Entwicklung graduell verläuft. Angesichts der sich verschlechternden Lebensbedingungen von Arbeitern, Bauern und Kleinbourgeoisie sehnen sich die Massen weiterhin nach echten Lösungen für die Probleme der nationalen Entwicklung. Die heutige wirtschaftliche Not zeigt, dass sich die nationale Bourgeoisie und ihre Vertreter in Wirklichkeit (trotz jahrzehntelanger Investitionen und nominaler Infrastrukturentwicklung) ***auf Kosten*** einer echten nationalen Entwicklung für die Massen bereichert haben. Dies ist das direkte Ergebnis ihrer Unfähigkeit, sich gegen die imperialistische Unterjochung zu wehren. Marxisten müssen aufzeigen, warum die nationale Bourgeoisie nicht den Imperialismus bekämpfen oder das Land wirklich entwickeln kann und warum diese Aufgaben ein und dasselbe sind. Eine Entwicklung unter dem Stiefel der Imperialisten wird niemals ausreichen. Nur ein revolutionäres Bündnis der Arbeiterklasse Südostasiens mit den Arbeitern der imperialistischen Zentren und dem chinesischen Arbeiterstaat bietet echte Verbündete im Kampf für die nationale Entwicklung.

4. Verteidigt nationale Minderheiten! Für das Recht auf Selbstbestimmung! Papua merdeka! Die Krisen verschärfen sich, und es ist dringender denn je, die Verteidigung nationaler Minderheiten und das Recht auf Selbstbestimmung in den Mittelpunkt sozialistischer Agitation zu stellen. Die Geschichte zeigt, dass jede Periode politischer und wirtschaftlicher Krisen in Indonesien direkt zu einer Explosion der nationalen Frage führt. In den 1990er-Jahren kam es im ganzen Land zu gewalttätigen kommunalistischen Ausschreitungen (in den Großstädten am brutalsten gegen ethnische Chinesen) und zu heftigen Kämpfen um Selbstbestimmung in Timor, Aceh und Papua. In den letzten Jahren gab es keine größeren Fälle von kommunalistischer Gewalt, aber die Gefahr bleibt latent bestehen. Ebenso ist die nationale Frage in den meisten Teilen des Archipels durch die „Dezentralisierung“ nach der Reformasi in den Hintergrund getreten, aber eine erneute Eskalation ist nicht ausgeschlossen, sollte es zu einer Spaltung der Elite kommen. In Papua eskaliert die brutale Unterdrückung der nationalen Bewegung weiterhin an Umfang und Gewalt. Während sich die Leichen von Kämpfern und Zivilisten stapeln und die Gefängnisse voll mit politischen Gefangenen sind, steckt die westpapuanische nationale Befreiungsbewegung in einer Sackgasse, für die sie keine Lösung hat.

Nur ein revolutionäres Bündnis der unterdrückten Nationalitäten und Ethnien mit der indonesischen Arbeiterklasse bietet einen wirklichen Weg zur Emanzipation. Doch für die meisten Arbeiter provoziert die Auseinandersetzung mit diesen Tabuthemen oft tiefe Feindseligkeit – sie wird als nichts Geringeres als einen Angriff auf die Nation und ihre Souveränität angesehen. Die Arbeiterbewegung wird nicht durch Appelle an die liberale Sorge um Menschenrechte für den Kampf um die Befreiung Westpapuas gewonnen werden. Auch abstrakte Appelle an die Klassensolidarität allein reichen nicht aus, um Einheit über nationale und kommunale Grenzen hinweg herzustellen. Was im Kampf (und durch geduldige Aufklärung) deutlich gemacht werden muss, ist das gemeinsame Interesse der Völker des Archipels an dem Kampf gegen die imperialistische Unterjochung. Nur auf dieser Grundlage kann das besondere Interesse der indonesischen Arbeiterklasse an der Befreiung unterdrückter Minderheiten konkret zum Ausdruck gebracht werden.

5. Die Arbeiterbewegung muss den Weg weisen. Die beschwichtigende und liberal-idealistische Politik der derzeit dominierenden „Führer“ der indonesischen sozialen Bewegungen ist eine Sackgasse. Damit der Kampf vorankommt, muss die Arbeiterbewegung zur führenden Kraft werden und die Bauernmassen auf dem Land und die radikalen Schichten des Kleinbürgertums hinter sich versammeln. Aber die derzeitige Führung der Arbeiterbewegung, ob nun „gelb“ oder „rot“, ist dieser Aufgabe nicht gewachsen – sie ist einer Strategie der regierungsfreundlichen Klassenkollaboration verpflichtet oder aber von kleinbürgerlichem Liberalismus durchdrungen. Der Aufbau einer revolutionären Führung der Klasse erfordert es, in der Arbeiterbewegung zu agieren, um ein wirklich antiimperialistisches Programm voranzutreiben, das im Gegensatz steht zu der bestehenden verräterischen Führung. Nur hinter einer revolutionären Arbeiterbewegung kann die Wut der Massen in eine produktive Richtung gelenkt werden, und nur mit der militanten Jugend hinter sich kann die Arbeiterbewegung selber vorankommen.

Die Auseinandersetzung mit der zersplitterten indonesischen Linken und der Kampf um ihre Konsolidierung hinter Einheitsfrontaktionen und letztlich einem revolutionären Programm ist der erste praktische Schritt, diesen Kampf voranzutreiben.